



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

445 (24.9.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-174683](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-174683)

Badische Neueste Nachrichten

[illegible]

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Sitzung des Zentralvorstandes

□ Berlin, 24. September.
(Vom unterm Berliner Büro.)

Einen warmen Nachruf widmete Friedberg auch dem Andenken des verstorbenen Dr. Ernst Blankenhorn.

Dr. Friedberg, Vorsitzender, Dr. Stresemann,
1. Stellv. Vorsitzender und Geheimrat Dr. Vogel, 2. Stellv.
Vorsitzender, Schatzmeister Dr. Weber, Schriftführer Dr.
Hugo. Bei den Wahlen des geschäftsführenden Ausschusses
wurde u. a. neu gewählt: der Geheime Hofrat Rebmann,
Karlsruhe.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Aussprache über die politische Lage.

Sie wurde eröffnet durch ein glänzendes Referat des Abgeordneten Stefemann. Aus dessen Ausführungen sei nach der Berliner Nationaliberalen Korrespondenz hervorgehoben, daß er die gegenwärtige Weltlage nach dreifacher Richtung kennzeichnete, wie sie bestimmt ist durch die militärische Lage, durch den U-Bootkrieg und durch die Ereignisse in Rußland. Er betonte, daß für unsere überaus günstige militärische Lage die Unmöglichkeit eines Durchbruchs an der Westfront ebenso entscheidend sei, wie die außerordentlich zuverlässige Lage an der Ostfront. Der U-Bootkrieg soll die Entscheidung bringen über die angenehme Seeherrschaft Englands. Die Wirkung, die er in zunehmendem Maße auf England ausübt, ist heute schon sichtbar in der englischen Industrie, in der Kriegsführung und in der wirtschaftlichen Lage der englischen Bevölkerung. Der U-Bootkrieg habe überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, mit England zu einem Frieden zu kommen. Dadurch haben wir die Waffe der wirtschaftlichen Kriegsführung in die Hand genommen und wir zwingen England damit auf die Friedensbank. Wenn England jetzt anfängt, mit seiner ganzen diplomatischen Geschäftigkeit den Frieden vorzubereiten, so kommt das daher, daß es den Krieg mit der Uhr in der Hand führen muß und daß es die Verluste des U-Bootkrieges nicht länger aushalten kann. Es hat den Krieg begonnen mit einem Verhältnis des Schiffs-tonnenraums von 5:1 gegenüber Deutschland. Seine Stellung als Weltfrachtführer ist erschüttert, wenn es den Krieg mit einem erheblich schlechteren Verhältnis abschließt. Das ergibt für uns eine so günstige Lage. Wir sollen das Gefühl des Dankes nicht vergessen gegenüber denjenigen, die den uneingeschränkten U-Bootkrieg durchgeführt haben und wir bedauern es, daß

Tieft

nicht mehr die Ausführung seines Planes verwirklichen konnte. Das Wort Hindenburg, daß unsere Lage nie glänzender gewesen ist, als augenblicklich, ist reine, volle Wirklichkeit. Die Zustände in Rußland kennzeichnete Dr. Strefemann als einen vollen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch. Das tritt auch dadurch in die Erscheinung, daß England seinen russischen Verbündeten bereits vollständig preisgegeben hat. In dieser günstigen Lage können wir Verhandlungen am Friedenstisch aufnehmen. Es ist nur dringend zu wünschen, daß wir selbst in politischer Hinsicht alles vermeiden, was dem Feinde neue Zuversicht geben und den Eindruck deutscher Schwäche hervorrufen könnte.

Dr. Stresemann besprach dann die wirtschaftliche Lage und betonte, daß ein Punkt entscheidend sei: Die Rohstoffversorgung sei in militärischer Hinsicht gesichert, soweit sich überhaupt eine Dauer des Krieges absehen lasse. Bei dieser Besprechung der inneren wirtschaftlichen Lage hob Dr. Stresemann 2 Punkte besonders hervor: der gewerbliche und industrielle Mittelstand sei durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen außerordentlich hart mitgenommen. Gegenüber allen Plänen langjähriger Zwangsindustrialisierung und Zwangsverwaltungen sei überhaupt zu betonen, daß alle diese Bindungen der privatwirtschaftlichen Initiative sobald wie möglich beseitigt werden müßten. Man muß sobald wie möglich der Industrie und dem Gewerbe die Möglichkeit geben, aus unseren wirtschaftlichen Verhältnissen herauszuwirtschaften, was herauszuwirtschaften sei. Dadurch würde man auch steuerlich den größten Nutzen erzielen.

Dr. Stresemann kam dann auf die Friedensbewegung zu sprechen. Er betonte in diesem Zusammenhang den Dank, den wir unseren Verbündeten, namentlich auch der Türkei und Bulgarien, schuldig seien. Bei unserer Friedenspolitik dürfe der Zusammenhang mit unseren Verbündeten nicht verloren

Dr. Stresemann nahm dann mit Entschiedenheit gegen die Friedensresolution des Reichstags

Stellung. Soweit sie sich auf die Folgewirkungen der russischen Revolution verlassen habe, sei sie ein vollständiger Fehlschlag gewesen. Schon der erste Eindruck der Resolution im Ausland sei zudem für Deutschlands Ansehen sehr niederschmetternd gewesen. Man glaube einmal wieder an die Möglichkeit eines deutschen Zusammenbruchs. Stützpunkt sei allerdings durch die deutschen Siege dieser Eindruck wieder verwischt worden. Man solle aber nicht versuchen, die jetzige Stimmung auf das Konto der Friedensresolution zu schreiben. Die Wirkung, unter welcher England und das übrige feindliche Ausland stehe, sei vielmehr eine Folge der deutschen Waffenthaten. Infolgedessen seien wir berechtigt, aus der militärischen Lage herauszuholen, was herauszuholen sei.

Dr. Stresemann besprach sodann die
deutsche Antwort auf die Benfnoke

und bezeichnete es als bedauerlich, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution des Reichstages darin enthalten sei. Im übrigen könne man sich darauf verlassen, daß die Wahrung der deutschen Lebensinteressen in der Antwort zur Nichtsignatur unseres Handels gemacht sei und daß sie uns Handlungsfreiheit sichere. An bedingungslose Abrüstung können wir natürlich nicht denken. Wir können nicht daran denken, die Freiheit der Entwicklung der U-Bootwaffe aus der Hand zu geben, die uns gegen England stark gemacht hat. Wir haben schon den Fehler gemacht, daß wir uns große Fauspänder vor dem Beginn der Verhandlungen entwerfen haben. Stresemann wies in diesem Zusammenhang auf Fehler hin, die in der polnischen Frage gemacht worden sind. Daß man weiter darauf aufbaue, sei eine Fortleitung der begangenen Fehler. Wenn wir jetzt auch

unser Desinteressement an Belgien

erklären wollten, so wäre das trotz aller Klauseln und Bedingungen der zweite große Fehler. Wir haben unter Ablehnung einer Annexion Belgiens den Wunsch, daß wir uns Sicherheiten dafür schaffen müssen, daß Belgien nicht das Aufmarschgebiet unserer Feinde werden kann. Es wäre auch nicht zu verhehlen, wenn wir den weltgeschichtlichen Augenblick nicht dazu ausnützten, um in ein engeres politisches Verhältnis zu Russland und England zu treten. Dies nicht zu thun, sei gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer baltischen Stammesgenossen an die russische Kute.

Stressemann ging dann zur Besprechung der
innerpolitischen Fragen

über. Er betonte hier die Notwendigkeit, unsere innere Lage zu beseitigen und sie vor neuen Krisen und Konflikten zu bewahren. Die Reichstagsfraktion sei der Ueberzeugung, daß sie dieser Aufgabe durch die Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen gedient habe. Andererseits betonte Stresemann, daß sie sich ihre volle Freiheit bewahre. Im übrigen betonte Stresemann die Notwendigkeit einer tragfähigen Reichstagsmehrheit, um den kommenden wichtigen Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur eine annehmbare Lösung zu sichern. Die parlamentarische Mitverantwortung werde kommen. Sie sei auch eine notwendige Reaktion gegen den Niederbruch unserer diplomatischen und politischen Führung. Es sei gut, wenn Vertrauensmänner der Fraktionen in die Regierung übernommen würden, die so ein engeres Verhältnis zwischen Regierung und Parlament herstellten und den Parteien und den Wählern gegenüber die Mitverantwortung für den Gang der Regierungspolitik übernehmen. In dieser Beziehung begrüße er auch, daß Dr. August Müller Unterstaatssekretär geworden sei. Es liege aber kein Anlaß vor, die Entwicklung zu überstürzen. Jetzt sei vor allem Ruhe und Sicherheit in der Erledigung der politischen Geschäfte dringend geboten.

Strefemann wandte sich zum Schluß scharf
gegen Willen.

em eine Antwort erteilt werden müsse, die der amerikanischen Politik zu treiben entspreche. Wilson werde sich wohl bei der politischen Republikanisches erweisen, welcher das Böse öfste und das Gute schuf, daß die nationale Einheit in sich selbst sich nur immer enger gestalte. Dr. Stresemann schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß Bismarcks Geist der Wegweiser für die Zukunft in werde.

Das zweite Referat erstattete der Abgeordnete von Caler über die elsaß-lothringische Frage.

Er gab ein Bild der Möglichkeiten, die für diese Lösung
Betracht kämen. Nach einer Wechselrede, welche sich bis
zum Beginn der siebten Abendstunde hinzog, wurde folgende
Entscheidung

genontommen: „Nachdem am 12. Dezember 1816 in der Kundgebung des Kaisers Friedensbereitschaft Deutschlands bezeugt worden ist, werden sich Zentralvorstand mit Entschiedenheit gegen die fortgesetzte einseitige Hervorhebung unseres Freiheitswollens. In der Entschiedenheit der Mehrheits-

parteien vom 12. Juli sieht der Zentralkonferenz eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunftsentwicklung. Er dankt der Reichstagsfraktion, daß sie die Entschlebung einmütig abgelehnt hat. Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf die Macht und Stärke gegründet sein. Ohne Masterverletzung in Ost und West und Sicherung unserer weltpolitischen Stellungen über See und eine ausreichende Kriegsschiffabrigung würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unseres Daseins haben und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgemworfen werden. Die militärische Lage gibt uns die Gewißheit, daß Deutschlands Grenzen den notwendigen Schutz erhalten und die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gesichert wird.

Der Zentralvorstand fordert eine strenge Durchführung aller das Gebiet der Ernährung des Volkes berührenden Maßnahmen und weitgehende Fürsorge für die minderbemittelten Schichten, insbesondere für den schwer leidenden gewerblichen Mittelstand und die auf feste Besoldung angewiesenen Kreise des Volkes.

Die anwachsende Einmischung des Präsidenten Wilson in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit Entrüstung zurück.

Er lehnt die Heberttragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volksoberleitung und Regierung, sobald die Frage der Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse unter voller Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches in Ruhe einer gezielten Lösung entgegengeführt werden könne. Immer aber müsse diese Frage zurücktreten hinter den einen großen Ziel, der Sicherung unserer deutschen Zukunft alle Kräfte des Landes im Krieg zusammenzufassen, um den vollen Sieg über unsere Gegner zu gewährleisten."

Zu dem Referat über
Essig-Esskringen

wurde folgende Entschliessung angenommen:
 „Der Zentralvorstand lehnt jede Aufstellung der sogen.
 effah-schtrungischen Frage während des Krieges oder bei den
 Friedensverhandlungen entschieden ab.“

An die Sitzung des Zentralvorstandes schloß sich nach altem Brauch später ein Wahl, an dem in überraschend großer Zahl auch die Angehörigen der nationalliberalen Frauengruppe teilnahmen. Das Hoch auf den Kaiser brachte diesmal der nummernreiche erste Vorsitzende Dr. Friedberg aus.

Auf die Partei sprach Geheimrat Vogel-Dresden, der Präsident der sächsischen Kammer, der zur Zeit wohl das älteste Mitglied der Partei sein dürfte. Prinz Schnaich-Carolath sprach auf die früheren Mitglieder der Reichstagsfraktion, insbesondere auf die Herren Dr. v. Casselmann-Bayreuth und Regierungsdirektor Dr. v. Heber-Stuttgart. Im Namen der so Gefeierten dankte Oberbürgermeister vom Casselmann. Landtagsabgeordneter Köchling sprach auf die Führer der Partei.

Bindenburg an die Kriegervereine.

Auf das von der 16. Vertreterversammlung des Reichsbundes der deutschen Landes-Kriegerverbände an Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichtete Telegramm ist folgende Antwort eingegangen:

Generalleutnant J. D. von Winneberger,
Knyffhäuserbund der deutschen Landes-Kriegerverbände Berlin.

Den allen Kameraden herzlichsten Dank für ihren Gruß vom Kniffhäuser. Ich habe ihn dem Feldherrn übermittelt. Wir alle wissen, daß wir keine besseren Kameraden auf der Welt haben, als unsere alten Krieger, die vor uns gekämpft haben, in Treue zu Kaiser und Reich das eigene Ich dem Wohle des ganzen Vaterlandes unterzuordnen. Wir verlassen uns fest darauf, daß sie alle ohne Ausnahme weiterhin im deutschen Volk für zähe Arbeit und freudige Opferwilligkeit wirken und den Siegeswillen stärken. Das Feldheer ist siegesicher!

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Die belgische Frage.

Unsere Forderungen an England.

Der Berliner Korrespondent der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist in der Lage, seine Mittheilungen über die Einnahme der Regierung in der obigen Frage zu ergänzen. Er schreibt:

In unseren, im Donnerstag-Morgenblatt veröffentlichten Darlegungen über die belgische Frage haben einigeblätter einen bösen Verdacht auf unsere mit den Waffen in Belgien eroberte Stellung erwidern wollen. Es ist schwer verständlich, daß eine solche Schlussfolgerung auch nur bei oberflächlichem Lesen jener Depeschen gezogen werden konnte. Wir haben einkens eine Sicherung der belgischen Nationalität, also vor allem der Flamen, und zweitens eine Sicherung der belgischen Neutralität als Bedingung genannt. Aber davon ganz abgesehen, haben wir als Voraussetzung, und wie wir allerdings glauben, als selbstverständliche Voraussetzung für den Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, sowohl hinsichtlich Belgiens, wie im allgemeinen, die volle Gegenseitigkeit bezeichnet. Wenn daher ein Hamburger Blatt davon spricht, daß wir Belgien den Engländern auf dem Festlande dargereicht hätten, so müssen wir fragen, ob derGegensatz, den wir in Anrechnung stellen, denn wirklich so unbedeutend

und leicht erreichbar erscheint. Unsere Ausführungen gingen dahin, daß die Gegner auf alle während des Krieges gemachten Eroberungen gegenüber uns und unseren Verbündeten verzichten müßten, um ein solches Zugeständnis von uns zu erlangen. England also hätte nicht nur sämtliche deutsche Kolonien, sondern ebenso die während des Krieges besetzten Gebietsteile des türkischen Reiches in Mesopotamien, Arabien und Syrien herauszugeben und ebenso die während des Krieges in Ägypten unternommenen widerrechtlichen Maßnahmen sämtlich rückgängig zu machen. Das sind Gedanken, die sich beispielsweise auch in dem im Winterhohen mit uns und den anderen Verbündeten abgefaßten türkischen Antwort auf die Papstnote wiederfinden. Wir haben auch von dem Verzicht auf die wirtschaftliche Eroberungspolitik unserer Gegner gesprochen. Es ist klar, daß ein „Friede der Verständigung“ und ein „Wirtschaftsfriede nach dem Kriege“ überhaupt nicht unter einem Hut gehen. Den Verzicht auf die territorialen und wirtschaftlichen Eroberungspolitik und die Herausgabe aller Eroberungen haben wir zur Grundlage unserer Ausführungen gemacht.

Das führende Organ der Konservativen fühlt sich durch unsere Bemerkungen zur belgischen Frage veranlaßt, an die Enttäuschung des deutschen Volkes nach dem trübseligen Ertrag der Vorkriegsriege vor hundert Jahren zu erinnern. Die tiefere, die Enttäuschung des deutschen Volkes in jener Zeit entsprang aus zwei gleich wichtigen Gründen. Es war eine nationale Enttäuschung, weil die alte deutsche Westmark in Feindeshand verfiel und weil die ganze deutsche Nation durch das Unglücksgeheiß des Deutschen Bundes schmerzhaft zur Schmach verurteilt worden war. Und es war zweitens die Enttäuschung über die inneren Zustände Deutschlands, über seine politische Unfreiheit, über den Klassen- und Parteigegensatz, kurz über eine Gestaltung der Dinge, die dem politischen Ideal der „Freiheitszeit“ näher kommt als dem jetzigen.

Die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote.

Englische Stimmen.

London, 23. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) Neutermelung. „Evening News“ sagt zur deutschen Antwort auf die Papstnote: Es ist keine Andeutung von einem endgültigen Beschluß darin, nur die Möglichkeit Deutschlands, insbesondere seines Herrschers, und die Politik des Raubes, Raub, der Mißhandlung und Sklaverei und des spürbaren Verfalls wird noch aufrecht erhalten.

„Star“ schreibt: Die Antworten der Mittelmächte geben keine Hoffnung auf irgendwelche praktischen Ergebnisse des möglichen Friedens. Trotz aller vorübergehenden Erleichterungen über Belgien zu der deutschen Presse ist Belgien nicht erwähnt, ebenso nicht es mit Serbien und Estland-Verbringen. Die Mittelmächte werden natürlich vollkommen ablehnen, dies als eine zufriedenstellende Grundlage für Unterhandlungen anzusehen. Die Berliner Note behauptet, daß sie in Uebereinstimmung mit der von der Reichsregierung am 19. Juli angenommenen Friedensentscheidung steht. Aber diese Behauptung ist offensichtlich leer, sobald wir die Schritte voraussetzen, wenn er wieder zusammentritt.

„Welt in der Gazette“ erinnert an Wilsons Erklärung, daß das Wort der gegenwärtigen deutschen Regierung nicht als Bürgschaft angenommen werden könne, es sei denn vom deutschen Volk selbst. Immerhin fährt das Blatt fort: Es ist eine Tatsache von höchster Bedeutung, daß die gegenwärtige Regierung der Mittelmächte dem Wunsch der Vorkriegszeit nach einer Einschränkung und des Schiedsgerichtsverfahrens zustimmen würde. In der Vergangenheit ist Deutschland diejenige Macht gewesen, die die Politik der Vorkriegszeit und der gepanzerten Faust bevorzugte und den Weg zu einer Vorkriegszeit und weltweiten Beilegung internationaler Streitigkeiten versperrte. Ein weiterer Vorkriegszeit war es in der deutschen Note, daß Deutschland wegen seiner geographischen Lage in Bezug auf seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf friedliche Beziehungen mit dem Ausland und den fernsten Ländern angewiesen und deshalb nicht interessiert sei, in einem verfeindeten, brüderlichen Geist zwischen den Völkern den einzigen Weg zu einem dauernden Frieden zu sehen, der auf geistige Annäherung und Rückkehr der wirtschaftlichen Werte der menschlichen Gesellschaft gegründet sei.

Hier scheint es, daß wir hier einen gewissen Beweis der wachsenden Gefährdung in Deutschland sehen können, daß der Weg, auf dem wir uns befinden, der Welt zu Feinden gemacht hat, seine zukünftige wirtschaftliche Stellung mit großen Gefahren umgibt. Es mag darüber wohl bestritten sein, aber die Note des Papstes enthält nicht bloß ein Bild von der Zukunft, sondern macht Andeutungen über die Bedingungen, unter denen der gegenwärtige Krieg beendet werden könnte. Es ist natürlich unaufrichtig, über das eine zu reden, wenn man das andere nicht in Erwägung ziehen will, da ja ein zufriedenstellender Friede die Bedingung ist, über die die feindlichen Völker in Zukunft gehen sollen, in der das Recht die Macht ersetzt haben wird. Aber wenn die deutsche Note die österreichische Antwort haben ein Wort über die Bedingungen zu sagen, die den neuen Status festlegen, der durch die Vorkriegszeit und das Schiedsgerichtsverfahren aufrechterhalten werden soll. Um zwei Beispiele zu geben, und es sind lediglich Beispiele: Dazu gehört die Wiederherstellung Belgiens und die Desannexion von Estland-Verbringen. Das beste, was über das Schicksal der Mittelmächte gesagt werden kann, ist, daß das Tor, das nicht verschlossen ist, möglicherweise offen steht. Nur aber auch die Bedingung des neuen Status gebildet werden. Wir können nur hoffen, daß die Mittelmächte dabei so geistig (1) erwachen werden, wie sie sich in der Frage der Vorkriegszeit und des Schiedsgerichtsverfahrens erniesen haben.

London, 22. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) Neutermelung. In Besprechung der deutschen und österreichisch-ungarischen Antwort auf die Note des Papstes sagt „Evening Standard“: Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen dem Ton der deutschen Note und dem Ton des österreichisch-ungarischen, aber der Grundgedanke der beiden Botschaften ist derselbe: Die Mittelmächte sind zum Frieden bereit, aber es muß ein Frieden sein, der in Uebereinstimmung mit der Lage in Europa steht, mit anderen Worten: es muß ein deutscher Frieden sein. Trotz allem Gebete in Deutschland von einer vernünftigen Haltung betreffend den Verzicht auf Belgien, ist seine Andeutung bezüglich Belgiens, dem Schiedsgericht oder irgend einer der wichtigsten Fragen vorhanden. Wir haben niemals etwas anderes erwartet. Wir glauben sehr gern, daß Deutschland und österreichisch-ungarisch den größten Wunsch nach Frieden haben, aber wir sind überzeugt, daß keine von beiden Mächten sich den Bedingungen unterwerfen will, welche die Alliierten aufstellen können, bevor nicht ihr Widerstand völlig gebrochen ist. Die Antworten der Alliierten werden in geeigneter Weise von Krieg, Belohnung und Gaborna geschrieben. Ihren Anforderungen verbanden wir die Tatsache, daß Deutschland nicht mehr von ungewissen Entschädigungen und großen Gebietsverlusten spricht. Wenn diese Anforderungen ohne Rücksicht fortgesetzt werden, wird der Krieg schneller kommen als wir denken, wo der Kaiser gezwungen sein wird, die Worte zu sprechen: Ich habe gesündigt und ich will wieder gerettet werden.

„Ball Ball Gazette“ sagt: Das Schicksal, das weder Belgien, noch die vielen anderen unglücklichen Völker erwartet, für die die Alliierten kämpfen, kann sie auch nicht für einen einzigen Augenblick von ihren eigenen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens und seiner zukünftigen Sicherheit ableiten. Bevor die Entscheidungen des Rates Bedeutung gewinnen können,

müssen wir Beweise für seine Neugier erhalten. Diese bestehen in Wiederherstellung, Wiedergutmachung und Bürgschaften.

Keine neue Papstnote.

Wien, 23. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) Das „Freundblatt“ erklärt: Entgegen der römischen Meldung, der Papst werde Ende September eine neue, mehr ins Einzelne gehende Friedensnote an die Kriegführenden richten, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen versichert, daß eine solche Absicht nicht bestehen dürfte. Es sei wenigstens hier nichts davon bekannt.

Eine große vaterländische Kundgebung in Berlin.

Der Reichshaussekretär zur 7. Kriegsanleihe.

Berlin, 23. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) Groß-Berlin eröffnete mit einer vaterländischen Kundgebung in dem großen Konzertsaal der Philharmonie die Werbe- und Aufführungsarbeit für die siebente Kriegsanleihe. Unter den zahlreichen Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden bemerkte man den Oberbürgermeister von Berlin Wermuth, die beiden Reichsbankpräsidenten Hasenstein und v. Scharf, und viele andere hervorragende Persönlichkeiten. Das Philharmonische Orchester und die Berliner Liedertafel verleihten die Versammlung durch Darbietungen patriotischer Musikstücke in eine gehobene Stimmung. Als der Schlußchor des Wagner'schen Kaisermarsches durch den Saal brauste, legte wohl jeder das Gelübnis ab, mit aller Kraft und Hingebung mitzuwirken, daß die siebente Kriegsanleihe ein hochragendes Wahrzeichen werde deutscher Widerstandskraft, vertrauensvoller Einsicht und eherner Zuversicht.

Vizeadmiral Hebbinghaus führte in wirkungsvollen Darlegungen übergeordnet etwa folgendes aus:

Den Frieden durch eine Verständigung mit den Feinden zu erreichen ist möglich. Eine solche Verständigung ist nicht mehr fern, aber nur dann, wenn unsere Feinde der Ueberzeugung geworden sind, daß deutscher Geist und die deutsche Faust nicht zu überwinden und deutsche Opferwilligkeit nicht zu erschüttern ist. Die Erkenntnis, daß wir und unsere treuen Bundesgenossen nicht zu überwinden seien, klopft mit ehernem Kloppe an die Tür unserer Feinde. Ihr erster Plan, uns zu Lande mit ungeheurer Uebermacht zu überrennen und zu erdrücken, scheiterte gar bald. So mußte also auf See der entscheidende Schlag getan werden. Das zwingende Mittel des Seekrieges war immer der Wirtschaftskrieg. Die Aufgabe, unsere Seeschiffe zu vernichten, war England zu schwer und gefährlich. Die Seeschiffe von Stageral bestiegte England's forgenhafte Ueberlegung als richtig. England versucht nun, die uns nahe wohnenden Neutralen vom freien Meer und seinen Straßen abzuschneiden und es wollte uns dem langsamen Hungertode preisgeben. Aber die Völkerr- und Bewachungslinien, die der Feind um uns über See gezogen hat, sind blühen im U-Booten gegenüber. Unter der Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges schwindet der Lebensenergie der Entente, der Schiffsraum schnell und unauffällig dahin.

Das Werk unserer U-Boote bringt uns den Erfolg.

voran alles ankommt. Unsere Feinde halten den auf Blühen, die Liebe zu Thron und Altar gegründeten festen Durchhaltungs- willen unseres Volkes für seine Vernichtung oder Apople. Es gilt jetzt, ihnen auch diese letzte Verbindung zu nehmen, durch eine einflussvolle Kraftäußerung des Volkswillens zum Siege. Hierfür bietet sich keine bessere Gelegenheit als die neue Kriegsanleihe.

Berlin, 23. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) In der heute hier in der Philharmonie veranstalteten vaterländischen Kundgebung der Groß-Berliner Werbeausschüsse und ihrer Vertrauensmänner für die siebente Kriegsanleihe hielt Reichshaussekretär Graf Roeder eine Rede, in der er an die Beziehungen anknüpfte, die ihn aus seiner langjährigen Arbeitsweise mit den Organen der Selbstverwaltung von Groß-Berlin verbinden. Er dankte den zahlreichen Helfern aus diesen Kreisen und ebenso der Behörde und der Presse für die bisherige Mitarbeit. Er führte weiter aus, daß die rechtzeitige energische Mitarbeit auch weiter erforderlich sei, da es sich darum handle, für die ständig wachsenden Ausgaben Deckungsmittel zu schaffen. Bei dieser Arbeit gelte es auch wieder, die mannigfachen Befürchtungen zu beseitigen und zu widerlegen, die bei jeder Anleihe auftauchten. Graf Roeder führt fort:

Unter diesen Befürchtungen taucht gerade bei denen, die zur Zeit über flüssige Kapitalien verfügen, jetzt erneut an erster Stelle die Sorge auf, daß man sich durch den Erwerb von Anleihe für die erste Kapitalanlage Zeit des Friedens zu sehr festlegen, also nicht genug flüssige Mittel zum Wiederaufbau der Wirtschaft dann in der Hand haben könnte. Meine Damen und Herren! Diesem gemäß beachtenswerten Gesichtspunkt widmet unser vortretender Reichsbankpräsident Hasenstein schon jetzt seine ganze Aufmerksamkeit. Er hat in diesen Tagen in einer Versammlung in Frankfurt a. M. darauf hingewiesen, daß er für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege mit Hilfe der Darlehnskassen und der ganzen Bankwelt eine große Aktion für die Aufnahme und Beilegung der Kriegsanleihen plante, die diesem Bedürfnis gerecht werden sollte. Wir wissen, wie die Reichsbank die finanzielle Mobilisierung des Krieges vorbereitet hat. Wir kennen ihre unermüdete Arbeit bei der Finanzierung des Krieges selbst und daher können wir zu ihrem selbstkritischen Vertrauen haben, daß sie auch die Demobilisierung des Geldes nach dem Kriege sorgfältig und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Kapitalmarktes durchzuführen wird.

Noch ein anderes kommt hinzu. Schon die Zahlung der letzten Kriegsteuer beweist, daß der Besitz von Anleihe für die Zahlung einer finanziellen Vorteil war, da sie diese Steuer mit einem einzigen Prozent niedrigeren Betrage begleichen konnten, als diejenigen, die sich nicht rechtzeitig in den Besitz von Anleihe gesetzt hatten. Die Finanzverwaltung wird bemüht sein, diese Art der Steuerzahlung auch für die eine oder die andere dafür geeignete Steuer nach dem Kriege beizubehalten und dadurch der Kapitalanlage der Anleihe einen erhöhten und der Haltung ihres Kurses andererseits zu dienen. Die Zeit nach dem Kriege erscheint jetzt manchen bedeutungsvoller als der Krieg selbst. Auch diesem Kleinmut werden Sie zu begegnen haben. Man sieht in der Werbearbeit auf die Fragen: Sind die Kriegsanleihen wirklich gesichert und werden wir die nötigen Summen für sie aufbringen können? Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag und durch den unerschütterlichen Willen derer, die sie gekauft haben, materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Gewiß ist auch bei uns nicht alles für den Krieg ausgegebenes Geld im Kreislauf des Landes geblieben, aber wir haben in dieser Beziehung besser als alle unsere europäischen Gegner und wir haben allen Grund, der Arbeitkraft der zurückkehrenden Millionen, dem Bogenmut unserer Industrie, dem Fleiß unseres Landwirts und unseren für uns und Europa wichtigen Rohstoffen zu vertrauen. Der Reichshaussekretär stellte sodann den Schwierigkeiten, die zurzeit auf Produktionen und Konsumtionen in Stadt und Land infolge der Kriegsnöten bestehen, die hinsichtlich gegenüber, wenn es uns jetzt gelingen würde, in unser Land einzubringen und viele Straßen zu vernichten. Wie nahe wir solcher Gefahr waren, haben die Vorgänge im Sachsinismusprozeß gezeigt. Ihre Aufführungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie die Entschlossenheit auf russischer Seite die soeben bekannt gewordene Denkschrift des Generalobersten Maltze gegenüberstellen.

Unsere Gegner — und dieser Ruf ist erst in letzter Zeit wieder über den Ozean geschallt — wollen uns von dem Militarismus, der angeblich den Krieg veranlaßt, befreien. Wenn Sie damit die gewöhnliche Art der Prüfung unserer gesamten Lage, wie sie sich damals in der Person des Generalobersten Maltze verpersönlicht, meinen, dann würden Sie einen Teil deutschen

Wesens uns nehmen müssen, das sich nicht charakteristischer enthalten konnte als in jener Nacht vom 30. zum 31. Juli.

Der Reichshaussekretär schloß seine Ausführungen damit, daß er volles Vertrauen habe, daß auch dieses Mal die Arbeit gelingen werde. Das Vertrauen schöpfe er auch daraus, daß sich über 100000 Bürger freiwillig in den Dienst der Werbearbeit stellten. In das auf den Kaiser ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein.

Erklärung der badischen Handelskammern.

Die im Badischen Handelsrat vereinigten Handelskammern fühlten sich im Einklang mit der Willensmeinung der von ihnen vertretenen Kreise, wenn sie den ebenso anmahenden wie falsch beschriebenen Versuch des Oberhauptes der Bereinigten Staaten, das deutsche Volk von seinem Kaiser zu trennen mit Entrüstung zurückweisen. Kaiser und Volk, in entscheidungsreichen Stunden zueinander fest miteinander verknüpft, wissen sich einiger denn je in der Sorge um das geliebte Vaterland, in dem Willen, die von den Vätern ererbten geistigen und wirtschaftlichen Güter zu bewahren, in dem unerschütterlichen Entschluß, die Entwicklung der innerstaatlichen Verhältnisse ohne Einmischung von außen nur nach dem eigenen Gewissen und im Geiste großer Ueberlieferungen zu bestimmen. Die Handelskammern an der Südwende des Reichs sehen in die Großtaten von Deutschlands Heer und Flotte das feste Vertrauen, daß sie uns einen ehrenvollen und dauernden Frieden erringen werden, der wie es der Reichskaiser erwartet, die Freiheit, Blüte und Entwicklung des deutschen Volkes fest und sicher verankert wird. In Erwartung eines solchen Friedens fordert der Badische Handelsrat alle von ihm vertretenen Kreise des Wirtschaftslebens aufs nachdrücklichste auf, bei der Werbung und Zeichnung für die 7. Kriegsanleihe ihre volle Pflicht zu tun. Auch diesmal — und diesmal erst recht — darf das Heimatvolk an Opferwilligkeit und Hingabe an die Sache des Vaterlandes hinter unseren Tapferen an der Front nicht zurückbleiben.

Zeichnungen.

Die Stadt Karlsruhe 5 Millionen, die Sparkasse Bahr 6 Millionen, die Porzellan-Fabrikwerke Heidelberg und Mannheim 500 000 Mark, die Federhalterfabrik Koch, Weber u. Co. 100 000 Mark, die Lederfabrik in Durlach Hermann u. Cöllinger 300 000 Mark und die Firma Stromeyer, Lagerhausgesellschaft in Konstanz 500 000 Mark.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 23. September. (W.T.B. Nichtamtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Ein englischer Monitor beschloß mit Fliegerbeobachtung Ostende. Einige Granaten trafen die Kasematten, in der Frühmorgens gehalten wurde. 7 Belgier wurden getötet, 24 schwer verwundet. Der Monitor wurde durch Feuer unserer Küstenbatterien vertrieben.

Auf der flandrischen Landfront blieb das Artilleriefeuer nach Abschluß der örtlichen Frühkämpfe wechselnd stark. Gegen Abend verdichtete sich die Feuerwirkung wieder nördlich von Ypern zum Trümmerschauplatz. Es folgten starke Teilangriffe der Engländer südlich St. Julien. Der Feind wurde zurückgeworfen.

Nachts bei nachlassendem Feuer keine Infanterietätigkeit. Eine bei Mondlicht südlich von Arras nach heftigem Feuer östlich in unsere Gräben dringende Kompanie wurde im Nahkampf vertrieben.

Bei Vorfeldgefechten südlich der Straße Cambrai-Bapaume, sowie an der Somme und Dife blieben Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen

Längs der Maas am Beumont und in einigen Abschnitten der Champagne kam es zeitweilig zu lebhafter Kompflichkeit der Artillerie. Bei zahlreichen Erkundungsvorwärtigen, die vielfach unsere Sturmschiffe bis in die hinteren Linien der französischen Kampfanlagen führte, konnten Gefangene gemacht werden, obwohl der Feind fast überall flüchtete. Unsere Grabenbesatzung wies an einigen Stellen französische Luftflieger ab.

Vor Verdun schwoll nachmittags das Feuer zu größerer Stärke an.

Die Gegner verloren gestern 14 Flugzeuge und einen Gefangenen. Oberleutnant Berthold erlangte den 23. Luftflieger. Vizefeldwebel Thom schloß wiederum 2 feindliche Flieger im Luftkampf ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Im Brückenkopf von Jakobstadt wurde in den heftig verlaufenen russischen Stellungen umfangreiches Kriegsgeschehen festgestellt.

Unsere Truppen haben die Düna von Ohvenhof bis Stodmannshof überall erreicht.

In Pustk entstanden durch russische Beschießung Brände. Mazedonische Front.

Bei großer Hitze — in der Sonne bis zu 65 Grad — fanden Gefechtskämpfe nur westlich des Ochridasees statt. Dort wurde den Franzosen eine Höhe bei Kooova durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Sturm entzogen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 23. Sept., abends. (W.T.B. Nichtamtlich.)

Außer lebhaftem Artilleriekampf in Flandern ist bisher nichts Besonderes von den Fronten gemeldet.

Der Stand der Kämpfe.

Berlin, 23. Sept. (W.T.B. Nichtamtlich.) Der dritte Tag der neuen Flandernschlacht ist vorübergegangen, ohne daß es zu weiteren englischen Großangriffen kam. Am 22. September schwebte das Artilleriefeuer bis 10 Uhr, war vormittags auf der ganzen Kampffront mächtig und verstärkte sich erst von da ab zwischen Langemark und Hollebeke. Am 5 Uhr nachmittags war nördlich von Ypern eine neue Verstärkung des Feuers zu betreten, das um 6 Uhr zum Trümmerschauplatz answand. Augenblicklich war

MARCHIVUM